

Wie die SP zerstört werden soll : unheimliche Macht der Mächtigen

Autor(en): **Hubacher, Helmut**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340086>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

letzten eidgenössischen Wahlen nicht verwöhnt mit Ausnahme in einigen wenigen Kantonen. Zugewonnen hat der Freisinn. Die Verluste der SPS sind, das ist bekannt, ja keine Abwanderungsverluste, sondern Stimmsabsenzen. Die politische Resignation von 70% der Arbeitnehmer, aber auch der jungen Menschen, der Frauen geht auf Kosten der SP. Die Wahlschmach und die Demütigung sind nicht dazu angetan, den Wählern und Sympathisanten Mut zu machen. Die Aktivisten reden sich schon seit Jahren die eigene Resignation gegenseitig aus. Was wird mit ihnen geschehen, wenn die Glaubwürdigkeit der Partei nicht wieder hergestellt wird? Man kann sich's denken. Die Mitgliederzahl sinkt, das gilt auch für die Gewerkschaften, deshalb ist die Hoffnung auf die «vernünftige gewerkschaftlich-sozialdemokratische schweigende Mehrheit» des Freisinns auch so zynisch. Die hoffen doch einfach, dass uns die besten Leute davonlaufen, dass die Frauen kein Vertrauen mehr zu uns haben, dass die Resignation in den Betrieben voranschreitet. Deshalb müssen folgende Fragen beantwortet werden:

● Was macht eine Partei ohne aktive Basis?

● Was machen Gewerkschaften mit zunehmendem Mitgliederchwund?

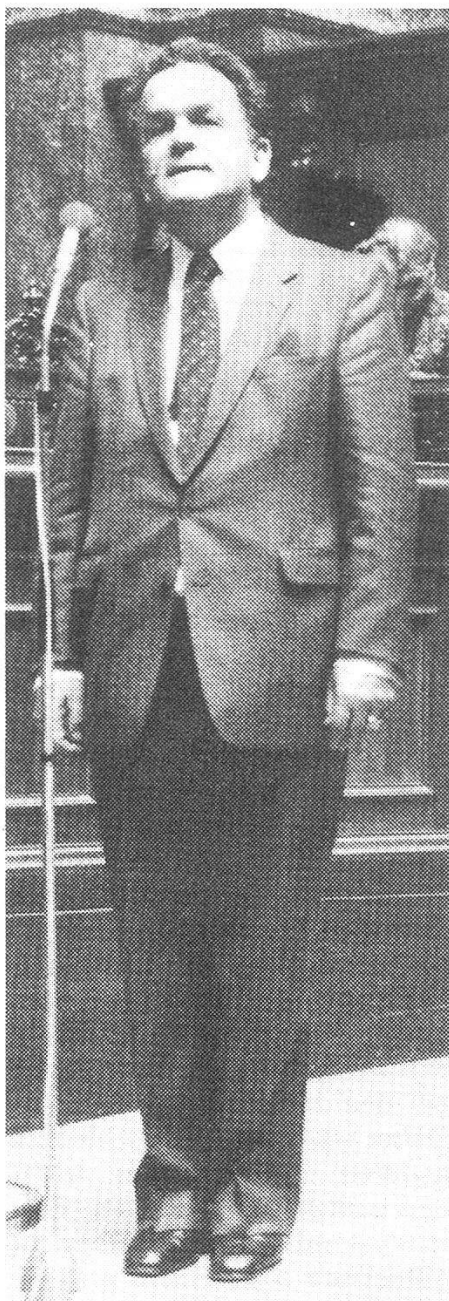
● Was macht die Fraktion ohne Wahlhelfer?

● Was macht der Freisinn ohne sozialdemokratisches Feigenblatt?

● Was macht eine Bewegung, die das eigene Gesicht verloren hat?

● Was macht eine Partei ohne Nachwuchs?
und schliesslich:

● Was bringt Regierungsbeteiligung einer Partei, die selber keine Zukunft mehr hat?



Otto Stich am Tag des Sieges

Wie die SP zerstört werden soll

Unheimliche Macht der Mächtigen

Von Helmut Hubacher, Präsident der SPS

Die bürgerlichen Bundesratsparteien haben den Ritschard-Nachfolger im Bundesrat ohne

Es geht also nicht in erster Linie um die Oppositionsrolle, sondern um das Überleben der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Die Mitgliedschaft, vor allem die aktive Mitgliedschaft, aber auch die Wähler und Sympathisanten müssen sich Klarheit verschaffen können darüber, wie die Zukunft der SPS aussieht, ob sie bereit ist, ihre Würde wieder herzustellen oder die masslose und auch erschreckend dumme Demütigung, die der Freisinn (und in seinem Schlepptau auch die anderen bürgerlichen Parteien) ihr zugefügt hat, einfach hinzunehmen und zur Tagesordnung überzugehen.

Die SPS hat aber noch eine andere Verantwortung und Verpflichtung: Sie muss sich gegen die Entpolitisierung, gegen die Resignation, die Absenz, die sich im schweizerischen politischen Leben ausgebreitet hat, zur Wehr setzen. Eine gedemütigte und verhöhnte Arbeiterbewegung vermag das jedoch nicht.

Jetzt wird sich entscheiden, ob die Sozialdemokratische Partei und mit ihr die ganze Arbeiterbewegung den Schritt ins nachindustrielle Zeitalter überlebt oder ob sie abdanken will. Darum geht es in erster Linie. Die Teilhabe an der «Macht» ist lediglich eine Folgeerscheinung davon.

Toya Maissen

SP-Fraktion gewählt. Mit diesem Wahlstreich ist die SP bewusst provoziert und verletzt

worden. Deshalb dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen unsere Position als Regierungspartei nach allen Seiten überprüfen. Dazu braucht es einen klaren Kopf, etwas Mut und viel Standfestigkeit. Es geht dabei um einen politischen Entscheid und nicht etwa um persönliche Schuldzuweisungen. In dem von den Bürgerlichen inszenierten Stück ist dem SPS-Präsidenten die Hauptrolle des Bösewichts zugewiesen worden, wird Lilian Uchtenhagen dessen Opfer und spielt Otto Stich den Retter in der Not. Dieses Szenario würde automatisch in einem parteiinternen Hickhack enden, der Applaus der Bürgerlichen wäre uns gewiss.

Wenn wir das Geschehene aber politisch analysieren, wird klar, das alle, Gewählter und Nichtgewählte, Haupt- und Nebendarsteller, Opfer einer bürgerlichen Arroganz der Macht geworden sind. Die Bürgerlichen haben uns den Tarif erklärt, unter welchen Bedingungen unsere Mitwirkung im Bundesrat erwünscht ist. Dazu gilt es Stellung zu nehmen, nicht zum Entscheid der bürgerlichen Ratsmehrheit. Dieses politische Diktat steht zur Debatte, nicht Personen.

Ein Brief

Bevor wir den Ablauf des bürgerlichen Wahltheaters aufzeichnen wollen, zitiere ich aus einem Brief von H.P.B., Psychoanalytiker, der bei mir nach dem Wahltag per Express einging:

«Ich bin einer der vielen Enttäuschten, die sich schon seit Jahren nicht mehr mit der SP identifizieren können. Die gestrige Bundesratswahl hat mich in einem viel grösseren Ausmass empört und erschüttert, als ich zunächst wahrhaben wollte. Ich weiss jetzt aber auch, dass es mir nicht gleich-

gültig ist, was mit der SP geschieht und wie mit ihr von bürgerlicher Seite verfahren wird. Das war nicht nur eine (Raubtiernummer), wie Sie treffend formulierten, sondern das war auch deutlicher denn je eine (Schwarze Messe), wobei die Formel (sprich Zauberstab) klar allein in bürgerlichen Händen liegt. Die zaubern Euch jedes Mal einen Kandidaten mit Blaulicht via Autobahn in den Bundesrat und machen Euch lächerlich. Das ist die Zauberformel! Und dann hat noch zusätzlich weh getan, dass eine hochintelligente, fähige und schöne Frau (abgestochen) wurde (schön hätte ich auch bei einem Mann gesagt). Da wird von einem Anforderungsprofil für Bundesratskandidaten gesprochen, um dann aber irgend jemanden zu wählen, nur damit der SP die Zähne gezogen sind. Die hätten gestern ihre eigene Grossmutter oder ihren Grossvater gewählt, um Lilian Uchtenhagen zu verhindern und die SP zu kastrieren. Wenn Ihr

euch das jetzt gefallen lässt und (nur) mit verbaler Empörung reagiert, dann sage ich voraus, dass Ihr bei der Parteibasis, vor allem bei der potentiellen, zukünftigen Parteibasis, völlig unglaubwürdig werdet. Anderseits besteht meines Erachtens gerade jetzt die grosse Chance, mit einem klaren, mutigen Schritt viel von dem verlorenen Profil wieder zurückzugewinnen. Lasst Euch nicht bluffen, Ihr würdet damit die Verantwortung verlassen. Aktive und deutliche Oppositionsarbeit zugunsten der Werktätigen ist weit verantwortungsvoller und nötiger, als unter diesen Umständen im Kollegialsystem zu verwässern und zu erstarren.» Das ist eine der vielen hundert Stimmen, die sich bei uns seit dem denkwürdigen Wahltag gemeldet haben. Der bürgerliche Regieeinfall, die SP zu demütigen, ihr den eigenen Bundesrat aufzuzwingen und als Dreingabe den SPS-Präsidenten gerade auch noch abzuservieren, wird als politisches Lehrstück der



Lilian Uchtenhagen am Tag der Niederlage

«Betrogenen Betrüger» archiviert werden.

Die Kandidatenkür

Partei und Fraktion haben in einem demokratischen Auswahlverfahren Lilian Uchtenhagen zur offiziellen Kandidatin bestimmt. Von den übrigen Mitkonkurrenten kam Hans Schmid mit deutlichem Abstand nach oben und unten auf den zweiten Platz. Der nun gewählte Otto Stich erzielte in der GL keine, im Parteivorstand von 85 nur 2 und in der Fraktion nur 8 Stimmen. Zum ersten Mal haben Partei und Fraktion übereinstimmend eine Frau für den Bundesrat nominiert. Das bleibt, auch nach dem Wahltag, ein historisches Ereignis. Lilian Uchtenhagen erfüllt die Voraussetzungen für eine Bundesrätin. Diese Qualifikation ist bis heute von keiner, auch nicht von reaktionärster Seite, bestritten worden. Das politische Format der Kandidatin stand nie zur Diskussion. Die bürgerlichen Drahtzieher erkannten klar, dass politische Einwände durch persönliche Vorwände ersetzt werden mussten. Deshalb inszenierten sie gegen die Kandidatin eine in der schweizerischen Politik bisher nie gekannte Dreckkampagne. Als wir uns diese nicht stillschweigend gefallen liessen, sondern Lilian Uchtenhagen verteidigten und die Grenzen des Zumutbaren absteckten, wurde flugs die Dolchstosslegende konstruiert, der SPS-Präsident habe die Bundesversammlung unter Druck gesetzt. Damit wird nach dem bewährten Trick, schuld sei der Ermordete, die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen dem eigenen Unvermögen, d.h. der falsch gewählten Taktik zugeschoben.

Was geschah wirklich?

Eine alte Frau aus Meilen (Name bekannt) erklärte uns, drei

Tage nach der Nomination durch Partei und Fraktion sei in der «Zürichsee-Zeitung» ein böser Artikel gegen Lilian Uchtenhagen erschienen. Daraufhin habe sie dem Chefredaktor, alt FDP-Nationalrat Theodor Gut, angerufen und erklärt, sie sei 40 Jahre Abonnetantin dieser Zeitung und bestelle sie ab, wenn diese Kampagne weitergehen sollte. Chefredaktor Th. Gut stellte sich als versierter Kenner der politischen Szene vor und antwortete dieser Frau, «wir werden keine bösen Artikel gegen Frau Uchtenhagen mehr publizieren, das wird auch nicht nötig sein, mit meinen nach wie vor intakten politischen Beziehungen habe ich erfahren, dass die bürgerlichen Bundesratsparteien Walter Buser, Bundeskanzler, zum SP-Bundesrat machen werden».

Interessant ist vor allem, dass diese Aussage schon drei Tage nach der Nomination von Lilian Uchtenhagen gemacht worden ist. Auch Willi Ritschard befürchtete in den letzten Monaten seines Lebens zunehmend, dass die Bürgerlichen uns Walter Buser in den Bundesrat setzen möchten. An einer Radio-Diskussion am Wahltag-Abend bestätigten zudem FDP-Nationalrat Felix Auer und SVP-Fraktionschef H.R. Nebiker, dass von ihrer Seite Lilian Uchtenhagen von Anfang an abgelehnt worden sei. Auf die ausdrückliche Frage des Gesprächsleiters, ob nicht auch das Vorgeplänkel, inklusive Interview des SPS-Präsidenten, zur bürgerlichen Ablehnungsfront geführt hätten, antworteten Auer und Nebiker eindeutig mit nein. SVP-Fraktionschef Nebiker verstieg sich sogar zur Behauptung, Lilian Uchtenhagen stehe eben am extremen linken Flügel der SPS und sei deshalb für die Bürgerlichen unakzeptabel gewesen.

Am Vorwahltag wurde in der freisinnigen Fraktionssitzung von prominenter Seite erklärt, auf keinen Fall «dürfe wiederum eine SP-Wahllokomotive gewählt werden». Ähnlich tönte es am gleichen Nachmittag in der CVP-Fraktion. Ein Bundesrat, der offenbar jahrelang unter der Popularität von Willi Ritschard gelitten hatte, erklärte der CVP-Runde sinngemäss, unerwünscht sei eine SP-Kandidatur, die erneut so viel Publizität und Popularität geniesse, wie das bei Willi Ritschard der Fall gewesen sei.

Diese Wahllokomotive mit breiter Publizität und Popularität heisst Lilian Uchtenhagen. Die bürgerlichen Bundesratsparteien wollten der SP unter keinen Umständen die erste Bundesrätin überlassen. Nach diesem Muster war die politische Grundhaltung der Bürgerlichen gestrickt worden. Ihre Ablehnungsfront verhärtete sich noch angesichts der gefährlich tüchtigen und beliebten Kandidatin Lilian Uchtenhagen. Ungefähr nach dem Motto, «die hat uns gerade noch gefehlt!», ging die Suche nach einem Ersatzkandidaten los. Das sind die Tatsachen, und alles andere ist Legende. Die bürgerlichen Falschspieler zogen gezinkte Karten und mimten, als sie entlarvt wurden, schreckliche Empörung. Mit diesem Getue soll die eigene Regie verleugnet und getarnt werden. Erwähnenswert ist noch, dass einige Tage vor der Wahl offizielle Gespräche einer Delegation der SP-Fraktion mit Vertretern der bürgerlichen Bundesratsparteien stattfanden. Diese Gespräche verliefen angeblich gut, es wurden gegen die Kandidatin Uchtenhagen keinerlei offizielle Einwände erbracht und auch für den SP-Standpunkt, sich den Bundeskanzler nicht wegbefördern zu lassen, schien scheinbar Verständnis vorhanden zu sein.

Nur Stunden später kreuzte eine andere bürgerliche Verhandlungsdelegation bei SP-Nationalrat Fritz Reimann auf, um diesem die Bundesratskandidatur mit der Zusicherung anzutragen, er würde auch gewählt. SGB-Präsident Fritz Reimann bewies persönliche Grösse, refüsierte das Angebot und erklärte seinen Verzicht auf eine Wahl auch noch schriftlich. Die offiziellen Fraktionsgespräche sind demnach von den Bürgerlichen beinahe gleichzeitig unterlaufen worden. Als dann Walter Buser einen Tag vor der Wahl öffentlich erklärte, er könnte eine Wahl zum Bundesrat nicht annehmen, brach für kurze Zeit die bürgerliche Strategie zusammen. Selbstverständlich kolportierten sie sofort die Dolchstosslegende, die SP-Fraktion habe unter meinem Druck nun auch Walter Buser zum Verzicht erpresst. Dieser verzichtete freiwillig, allerdings erst dann, als kein Fraktionsmitglied ihn für die Annahme einer Wahl ermuntert hatte. Ich persönlich hielt mich aus dieser Diskussion völlig draus. Aber der politische Generalstab der bürgerlichen Bundesratsparteien versammelte sich sofort in seinem Hauptquartier Bellevue-Bar und präparierte die Stich-Wahl. Es wurde fleissig telefoniert, antichambriert, Manipuliert und inszeniert. Jede Kandidatur war willkommen, sofern sie nicht Lilian Uchtenhagen hiess. Von einem bundesrätlichen Anforderungsprofil blieb nichts mehr übrig, es spielte keine Rolle mehr, die Bürgerlichen wollten ihr SP-Opfer haben. Oskar Reck hat mit seiner Bemerkung recht, es sei kein Vergnügen, Bundesrat zu sein, vermutlich sei es jetzt auch keine Ehre mehr.

Wie weiter?

Otto Stich hat die Wahl auf eigene Verantwortung angenom-

men. Bei aller Tristesse anerkenne ich zumindest seine Noblesse, d.h. die Erklärung von Otto Stich, dass er Entscheide des Parteitages, wie immer sie herauskommen mögen, respektieren und akzeptieren werde.

Damit wird das gespannte Verhältnis zu ihm doch ein bisschen gelockert. Die Zauberformel gibt es nun seit 1959. Damals bestand auf bürgerlicher Seite der politische Wille, die SP als valablen Regierungspartner zu berücksichtigen. Dieser Wille ist deutlich schwächer geworden. Dafür weht ein zunehmend kälterer Rechtswind, werden die politischen Umweltbedingungen schlechter, wird die Regierungsmitverantwortung härter und der bürgerliche Übermut grösser. Die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen stellt eine Herausforderung an die SP dar. Für das Parlament, aber das ist den Bürgerlichen gleichgültig, war es eine blamable Vorstellung. Der rapide Substanzverlust an politischer Kultur ist erschreckend. Das Verantwortungsbewusstsein der bürgerlichen Parlamentsmehrheit weicht dem eigenen Machtanspruch. Die Volksmeinung wurde souverän übergangen. Und die letzten Rücksichten auf den sozialdemokratischen Regierungs-«Partner» sind fallengelassen worden. Man mutet

dieser Partei zu, entweder zu rebellieren oder das Gesicht zu verlieren.

Ich bleibe ein Befürworter der Regierungsbeteiligung, aber nicht um jeden Preis und nicht zu allen, für eine grosse Landespartei unwürdigen Bedingungen. Wenn keinerlei Möglichkeit mehr besteht, die Auswahl der eigenen Repräsentanten im Bundesrat zu beeinflussen, wird das Mitmachen schwierig. Die Frage der Belastbarkeit unserer Partei ist gestellt. Kann, muss oder soll sie solches verkraften?

Zorn und Wut über das Geschehene sind gross, wir alle spüren es. Zorn und Wut wären aber schlechte Berater. Der immer stärkere Ruf nach Opposition ist selbstverständlich nicht mehr zu überhören. Wir müssen mit uns selber aber rücksichtslos ehrlich und realistisch bleiben. Die Oppositionsbänke sind hart, und das Oppositionsleben ist kein Honigschlecken. Es gilt eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen, Vor- und Nachteile auszurechnen und dann zu entscheiden, ob wir im Bundesrat bleiben oder aus ihm austreten wollen.

Man könnte es auch so formulieren: Was ist einfacher, die eigene Würde zu gefährden oder sie auf den harten Oppositionsbänken zu bewahren?

Ist das Konkordanzsystem am Ende?

Bundesratswahl als Signal

Von Peter Vollmer, Vizepräsident der SPS

Mit seltener Deutlichkeit wurde uns am 7. Dezember die Arroganz bürgerlicher Politik vorde-

monstriert. Die Fakten und der Ablauf sind bekannt. Die Betroffenheit und Konsternation